

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/003(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 27.10.2009	Altes Rathaus Alemannzimmer 3. Etage	17:00 Uhr	18:55 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.09
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD) DS0338/09
 - 4.2 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) DS0412/09
 - 4.3 Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2008 DS0432/09
- 5 Anträge
- 6 Informationen
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Schoenberner, Hilmar

Mitglieder des Gremiums

Rösler, Jens

Budde, Andreas

Kraatz, Daniel

Siedentopf, Uta

Bitter, Uwe

Bock, Andreas

Beratende Mitglieder

Höroid, Helmut Dr.

Sachkundige Einwohner/innen

Edler, Evelyn

Wölfer, Sabine

Minkner, Armin

entschuldigt

Geschäftsführung

Köhls, Henriette

Verwaltung/Gäste:

Herr Klapperstück

AL 14

Frau Drechsel

Amt 14

Herr Kempchen

Intendant EB PTH

Frau Wehling

EB PTH

Herr Wacha

Wirtschaftsprüfer BDO

Herr Ulrich

EBL KGm

Frau Kobow

EB KGm

Herr Biskup

Wirtschaftsprüfer DOMUS

Herr Dr. Hartung

FBL 02

Herr Helm

FB 02

Herr Bertram

FB 02

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **SR Schoenberner**, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Sitzung mit 5 Stadträten festgestellt.

SR Bitter und SR Rösler kommen kurz nach Sitzungsbeginn zum Ausschuss hinzu, sodass die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Stadträten vollständig gegeben ist.

Der sachkundige Einwohner Herr Minkner hat sich für die Sitzung entschuldigt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.09

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung wird ungeändert genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

4. Beschlussvorlagen

4.1. Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt DS0338/09 Magdeburg (EB PTH MD)

Hr. Kempchen – Intendant PTH MD – gibt Hinweise zum Jahresabschluss 2008, insbesondere über:

- Kinderkulturtage
- 10 Neuinszenierungen
- Ausbau des pädagogischen Anteils (allerdings keine zusätzliche Mittelbereitstellung)
- nationale und internationale Gastspiele
- Diskrepanz im Personalaufwand
- Eigenkapitalquote
- Kostendeckungsgrad
- Risikoanalyse

Der Wirtschaftsprüfer **Hr. Wachter** stellt den Jahresabschlussbericht vor. Ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk konnte erteilt werden. Das Jahr 2008 war davon geprägt, dass kein Internationales Figurentheaterfestival durchgeführt wurde. Ein Grund dafür, dass die Umsätze 2008 geringer waren, als im Jahr zuvor.

Hr. Wacher benennt die Prüfungsschwerpunkte und erläutert diese:

- Betriebsaufwendungen
- Zahlungsfähigkeit
- Eigenkapitalquote
- Zuschüsse
- Tarifänderungen
- Vermögenslage: negatives Jahresergebnis
- Ertragslage

Der Betriebsausschuss Puppentheater Magdeburg stimmte einstimmig für den Beschlussvorschlag der Drucksache.

SR Bitter hinterfragt bzgl. der Tarifproblematik, ob eine Bezahlung der Mitarbeiter unter dem Tarif erfolgt.

Hr. Kempchen erläutert, dass die Eingruppierungen bzgl. des TVöD nicht stimmen und geht auf den NVSolo und den Bühnentechnikertarif ein.

SR Bitter weist darauf hin, dass Eigenbetriebe grundsätzlich dem Tarifrecht unterliegen. Wenn die Mitarbeiter nicht ordnungsgemäß eingruppiert wurden, liegt ein Rechtsverstoß vor. Eine falsche Eingruppierung ist unzulässig.

Hr. Kempchen merkt an, dass dies anerkannt wurde.

Entsprechend des Beschlussvorschlages wird die DS zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 7 / 0 / 0

4.2. Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemangement (Eb KGm) DS0412/09

Der Betriebsleiter des KGm, **Hr. Ulrich**, führt in den Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes ein und verweist auf die Drucksache, welche sehr dezidiert auf die Bilanzsituation und den Lagebericht eingeht. Der Jahresgewinn beträgt ca. 1,5 Mio. EUR, die Mittelrückführung soll zum größten Teil an die Stadt erfolgen. Das Betriebsmodell des EB besteht aus einem Mieter/ Vermietermodell, welches allerdings nicht alle Leistungen des freien Marktes anbietet. Durch das KGm werden Verwaltungs-, Schulgebäude und im Eigentum der Stadt befindliche Kita-Gebäude verwaltet. Nach der Gründung des KGm wurden weitere Personalstellen im Jahr 2005 vom Hochbauamt zugeteilt.

Hr. Biskup, Wirtschaftsprüfer der mit der Prüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, stellt die bilanztechnische Situation dar und geht auf folgende Schwerpunkte ein:

- Prüfungsdurchführung
- Zielsetzung (ordnungsgemäße Buchführung...)
- uneingeschränkter Bestätigungsvermerk
- wesentliche Geschäftsvorfälle 2008:
- 3 Betriebe gewerblicher Art
- PPP
- Anstieg der Umsatzerlöse

- positives Jahresergebnis
- Investitionstätigkeit 2007/2008 u. Instandhaltung
- Umsatzerlöse (Zuweisungen/Zuschüsse der LHM)
- Vermögenslage
- flüssige Mittel (Anstieg von ca. 4,4 Mio. EUR)
- Rückstellungen für Altersteilzeit
- Eigenkapitalquote
- Kapitalschlussrechnung
- Verschlechterung Betriebsergebnis um ca. 1 Mio. EUR u. a. wegen Tarifsteigerungen
- Finanzergebnis
- neutrales Ergebnis
- Verschlechterung Jahresergebnis um ca. 20 – 30 Tsd. EUR
- Kurzanalyse des Kerngeschäftes (Mietpreise...)

Hr. Ulrich fügt hinzu, dass vereinzelt höhere Aufwendungen erforderlich wären. Das Prüfungsergebnis führte zu keinen Einwendungen, der Jahresabschluss und der Lagebericht haben einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhalten.

SR Rösler hinterfragt die sog. Nettokaltmiete.

Hr. Biskup erklärt, dass es sich hierbei um die Miete ohne Betriebskosten handelt (Nutzungsentgelte).

Hr. Ulrich ergänzt, dass bei privaten Nutzern (vereinzelt Vermietung von Arztpraxen) eine Miete veranschlagt wird.

SR Rösler fragt, welche 3 Betriebe gewerblicher Art gemeint sind und warum die Verbindlichkeiten gegenüber den Trägern gestiegen sind.

Hr. Ulrich erläutert, dass es sich hierbei um städtische Parkplätze im Rathausumfeld und beim EB KGm, das Haus der Romanik und die Projektsteuerung für die Neubauten der Zoo GmbH handelt. Die Abrechnung der Betriebskosten aus den Jahren 2007 und 2008 werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen – die Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus den Betriebskosten.

SR Kraatz erkundigt sich nach dem Anstieg der Personalaufwendungen.

Fr. Kobow und **Hr. Biskup** begründen dies mit den Tarifsteigerungen, mit dem Anstieg der Sozialabgaben und mit der Rückstellungsbildung für die Altersteilzeitverpflichtungen.

SRin Siedentopf fragt nach, welche Objekte bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen betroffen sind.

Hr. Ulrich benennt die Bördelandhalle. Bzgl. der schadhafte Dachkonstruktion entstand ein Rechtsstreit mit dem Architekten. Aus Beweisgründen musste vorerst von einer Reparatur abgesehen werden.

Fr. Kobow ergänzt, dass auch kleinere Maßnahmen mit einem Gesamtwert von ca. 25 Tsd. EUR in den Rückstellungen für unterlassene Instandhalten enthalten sind.

SR Bock hinterfragt, ob von den leerstehenden Schulen, dem Rückbau/Abriss von Gebäuden Einfluss auf den Personalbestand ausgeht.

Hr. Ulrich erklärt, dass der Abbau der Personalstellen unabhängig ist von Rückbau-/Abrissmaßnahmen – diese haben keinen Einfluss auf den Personalbestand. Der Betriebsleiter wies daraufhin, dass seit dem Bestehen des KGm der Personalbestand von 377 Mitarbeitern auf jetzt 218 Mitarbeitern gesenkt wurde.

Die Drucksache wurde einstimmig im Betriebsausschuss beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 / 0 / 0

4.3. Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2008 DS0432/09

Der Ausschussvorsitzende, **SR Schoenberner**, bittet Hr. Klapperstück um Einführung in den Prüfbericht.

Hr. Klapperstück fasst den Inhalt des Berichtes zusammen und gibt diesbezüglich Hinweise zu folgenden Punkten:

- gesetzliche Grundlagen
- Prüfungsergebnis
- Feststellungen
- Zusammenfassung
- Schlussbemerkungen

FBL 02, **Hr. Dr. Hartung**, führt anschließend in die Drucksache ein und erläutert folgende Inhalte:

- Fehlbetrag
- struktureller Ausgleich (kameral gesehen erst im Jahr 2015 erreicht)
- Abbau langfristiger Schulden
- Herabsenkung der Kassenkredite
- Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
- Rücklagenbildung, Rücklagensondertilgungen
- strukturelles Defizit: ca. 6,4 Mio. EUR

Der Ausschussvorsitzende hinterfragt, warum die rechtliche Grundlage bzgl. der Entlastung nicht übereinstimmt. Gemäß DS ist die Entlastung nach § 170 GO LSA zu erteilen, im Prüfbericht des RPA ist die Rede von § 130 GO LSA.

Hr. Klapperstück erläutert, dass aufgrund der Änderung der GO LSA eine Verschiebung der Paragraphen erfolgte. Inhaltlich sind die beiden besagten Paragraphen identisch. Da die Prüfung der Jahresrechnung rückwirkend getätigt wird, ist dementsprechend die gesetzliche Grundlage, welche im Jahr 2008 galt, anzuwenden. Die Entlastung des OB erfolgt gem. der Drucksache auf der aktuellen gesetzlichen Grundlage.

SR Rösler erkundigt sich bzgl. der Inanspruchnahme von Kassenkrediten nach der Umstellung auf die Doppik.

Hr. Dr. Hartung führt aus, dass diese auch in der Doppik erforderlich sind (kurzfristige Verbindlichkeiten).

Hr. Helm fügt hinzu, dass Kassenkredite arbeitstäglich in Anspruch genommen werden. Zur Zeit belaufen diese sich auf ca. 10 Mio. EUR bei einem derzeitig günstigen Zinssatz pro Tagesgeld von 0,4 %.

Die Angelegenheit bzgl. der rechtlichen Grundlage für die Entlastung des OB wird nochmals thematisiert. **Hr. Klapperstück** ergänzt, dass die neue GO LSA mit Datum 30.05.09 in Kraft getreten ist. Bereits im April begannen die Prüfungen zur Jahresrechnung 2008 nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden Vorschrift. § 170 GO LSA - neu entspricht § 130 GO LSA – alt.

SR Rößler bezieht sich auf die PF 05/08 bzw. PF 13/08 und beanstandet, dass aufgrund der Schließtage hier keine ordnungsgemäßen Abschlussbuchungen zum Haushaltsjahr 2008 vorgenommen werden konnten.

Des Weiteren geht er auf die PF 26/08 und 27/08 bzgl. Gesellschaftshaus/ Gruson Gewächshaus ein. Lt. Prüffeststellungen wurden hier Vereine begünstigt. Um welche Beträge handelt es sich, welche Vereine sind betroffen?

Hr. Klapperstück merkt an, dass dies durch das RPA nachgereicht werden kann.

SR Kraatz fragt, ob bzgl. der PF 05/08 und 13/08 Konsequenzen entstehen.

Hr. Dr. Hartung verweist auf die Dienstvereinbarung über die Schließung an Brückentagen, welche durch den FB 01 in Abstimmung mit dem Personalrat erstellt wurde. Diese stellt eine Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung dar. Nur betriebsnotwendige Bereiche sollen gem. DV geöffnet haben. Hierdurch entsteht natürlich ein Qualitätsverlust. Es ist darauf hinzuwirken, dass zukünftig in jedem Bereich ein Ansprechpartner vorhanden sein sollte.

Hr. Helm ergänzt, dass der FB 02 die Konten der LHM arbeitstäglich im Blick hat. Bei der vorliegenden Problematik handelt es sich um eine zeitliche Verschiebung – die Gelder werden trotzdem den Haushalt der Stadt zugeführt.

SR Rößler gibt den Hinweis, dass zum Jahresende 2009 – zum Übergang Doppik – jemand in den Bereichen erreichbar sein sollte.

Hr. Dr. Hartung wird den Hinweis aufnehmen.

SR Bock hinterfragt bzgl. der Stellungnahme zu PF 05/08 bzw. 13/08 den codierten Zahlungsgrund.

Hr. Helm erklärt, dass hier die Einflussmöglichkeiten sehr gering sind. Liegt eine nicht zuordnungsfähige Zahlung vor, wird in den Ämtern und Fachbereichen nachgefragt.

SR Kraatz nimmt Bezug auf die PF 10/8 und die hier in Rede stehenden Uraltforderungen. Welche Arten liegen vor und ist eine beschleunigte Bearbeitung möglich?

Hr. Helm äußert sich bzgl. der Arten der Uraltforderungen. Gewisse Posten (z. B. Leistungszahlungen) sollen nicht aus dem System genommen werden. Häufig handelt es sich um kleinere Beträge aus Rückzahlungen von Sozialkrediten und befristet niedergeschlagene Forderungen.

Hr. Dr. Hartung vervollständigt, dass mit dem zentralen Forderungsmanagement eine Transparenz erreicht werden soll. Seit 2006/2007 befindet sich dieses im Aufbau, allerdings ist die Personalkapazität nicht ausreichend gegeben.

Hr. Helm merkt an, dass sich bestimmte Prüffeststellungen im Laufe der Jahre wiederholen, da die LHM mit BKF kein rein kamerales IT-System vorhält. Verfahrenstechnische Vorgaben zwingen dazu, in Grenzen zu bleiben.

Bzgl. der Prüffeststellungen, die den FB 02 betreffen, gibt es seitens der Ausschussmitglieder keine Fragen mehr.

5. Anträge

keine

6. Informationen

keine

7. Verschiedenes

Beratungsplanung Prüfbericht und Stellungnahme OB:

Da aus Sicht der Ausschussmitglieder nur geringer Gesprächsbedarf mit den weiteren geprüften Stellen (Dezernat III, IV und V) besteht, wird der zusätzliche Sitzungstermin am 10.11.09 nicht benötigt.

Die Beratung wird abschließend zum 24.11.09 durchgeführt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hilmar Schoenberner
Vorsitzender

Henriette Köhls
Schriftführerin